

Kristina Köhler

Gerechtigkeit als Gleichheit?

Kristina Köhler

Gerechtigkeit als Gleichheit?

Eine empirische Analyse
der objektiven und subjektiven
Responsivität von
Bundestagsabgeordneten



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich 02 (Sozialwissenschaften, Medien und Sport)
der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz im Jahr 2009 als Dissertation zur Erlangung des
akademischen Grades eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) angenommen.

Für diese Arbeit wurden das Statistikprogramm SPSS in den Versionen 15.0 und 16.0 verwendet.
Die Syntax der statistischen Analyse kann unter <http://www.gerechtigkeit-als-gleichheit.de>
nachvollzogen werden.

1. Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010

Lektorat: Katrin Emmerich / Sabine Schöller

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe
Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede
Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspei-
cherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem
Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche
Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten
wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-531-17053-4

Meinen Eltern

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	13
1 Einleitung.....	15
1.1 Problembeschreibung.....	16
1.2 Untersuchungsdesign	27
1.3 Aufbau der Arbeit	28
2 Forschungsstand	31
2.1 Egalitarismus und Nonegalitarismus	32
2.1.1 Egalitarismus und Nonegalitarismus als normative Konzepte.....	33
2.1.1.1 Definitionen und Abgrenzungen.....	36
2.1.1.2 Der gemäßigte Egalitarismus: John Rawls	40
2.1.1.3 Der strenge Egalitarismus: Stefan Gosepath.....	44
2.1.1.4 Kritik am Egalitarismus	47
2.1.1.5 Der Nonegalitarismus: Harry Frankfurt.....	51
2.1.1.6 Kritik am Nonegalitarismus.....	54
2.1.2 Egalitäre und nonegalitäre Einstellungen in Deutschland.....	55
2.1.2.1 Einstellungen der Bevölkerung	56
2.1.2.2 Einstellungen der CDU-Anhänger	71
2.1.2.3 Einstellungen der CDU-Mitglieder – eine erste Forschungslücke	72
2.1.2.4 Einstellungen der CDU-Abgeordneten	79
2.1.3 Zusammenfassung des Forschungsstandes und Konsequenzen für die eigene Arbeit	88
2.2 Responsivität.....	90
2.2.1 Responsivität als theoretisches Konzept	90
2.2.1.1 Definition.	91
2.2.1.2 Das Pionierwerk: Das Kongruenz-Modell von Miller/Stokes	96
2.2.1.3 Miller/Stokes im westeuropäischen Kontext	101
2.2.1.4 Responsivität von Abgeordneten gegenüber Parteimitgliedern – eine zweite Forschungslücke	108

2.2.2	Empirische Ergebnisse der Responsivitätsforschung.....	109
2.2.2.1	Die objektive Responsivität deutscher Abgeordneter	110
2.2.2.2	Die Güte der Perzeptionen	119
2.2.2.3	Die subjektive Responsivität von Abgeordneten – eine dritte Forschungslücke	125
2.2.2.4	Objektive Responsivität, Güte der Perzeptionen und der subjektive Glaube des Abgeordneten: Eine Typologie	130
2.2.2.5	Einflussfaktoren auf objektive Responsivität, Güte der Perzeptionen und subjektive Responsivität.....	133
2.2.3	Zusammenfassung des Forschungsstandes und Konsequenzen für die eigene Arbeit.....	153
3	Empirischer Teil	157
3.1	Operationalisierung des Themas und Durchführung der Untersuchung	157
3.2	Beschreibung der Datensätze.....	166
3.3	Analysestrategie.....	170
3.4	Hypothesenprüfung.....	175
3.4.1	Einstellungen der CDU-Mitglieder.....	175
3.4.2	Einstellungen der CDU-Bundestagsabgeordneten.....	193
3.4.3	Objektive Responsivität, Güte der Perzeptionen und subjektive Responsivität der CDU-Bundestagsabgeordneten	203
3.4.4	Zusammenfassung der Ergebnisse	244
4	Resümee	255
5	Literaturverzeichnis	269
Anhang – Fragebogen		283
Anhang 1 – Fragebogen der Abgeordnetenbefragung		284
Anhang 2 – Fragebogen der Mitgliederbefragung		296

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1:	Connections between a constituency's attitude and its Representative's roll call behaviour (Miller/Stokes 1963: 50).....	99
Abbildung 2:	Modell des Repräsentationsprozesses	130
Abbildung 3:	Modell des Repräsentationsprozesses inkl. Einflussfaktoren und Abgeordnetentypen	155
Abbildung 4:	Priorität zwischen Freiheit und Gleichheit (Mitglieder) ..	176
Abbildung 5:	Bewertung soziale Gerechtigkeit der Marktwirtschaft (Mitglieder).....	177
Abbildung 6:	Bewertung soziale Gegebenheiten in Deutschland (Mitglieder).....	178
Abbildung 7:	Nivellierungstypen (Mitglieder).....	181
Abbildung 8:	Zusammengefasste Nivellierungstypen (Mitglieder)	182
Abbildung 9:	Priorität zwischen Freiheit und Gleichheit (Abgeordnete)	193
Abbildung 10:	Bewertung soziale Gerechtigkeit der Marktwirtschaft (Abgeordnete)	194
Abbildung 11:	Bewertung der sozialen Gegebenheiten in Deutschland (Abgeordnete)	195
Abbildung 12:	Nivellierungstypen (Abgeordnete).....	196
Abbildung 13:	Zusammengefasste Nivellierungstypen (Abgeordnete)	197
Abbildung 14:	Mittelwerte der Zustimmung der Mitglieder und Abgeordneten zu den egalitären Items	208
Abbildung 15:	Mittelwerte der Zustimmung der Mitglieder und Abgeordneten zu den nonegalitären Items	210
Abbildung 16:	Mittlere objektive Responsivität der CDU-Abgeordneten des 16. Deutschen Bundestags.....	211
Abbildung 17:	Mittelwerte der Zustimmung der Mitglieder und der Perzeptionen der Abgeordneten zu den egalitären Items	215
Abbildung 18:	Mittelwerte der Zustimmung der Mitglieder und der Perzeptionen der Abgeordneten zu den nonegalitären Items.....	216
Abbildung 19:	Mittlere Güte der Perzeptionen der CDU-Abgeordneten des 16. Deutschen Bundestages	220

Abbildung 20:	Mittlere subjektive Responsivität der CDU- Abgeordneten des 16. Deutschen Bundestages.....	225
---------------	---	-----

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Typen von Abgeordneten hinsichtlich objektiver Responsivität, Güte der Perzeptionen und subjektiver Responsivität.....	132
Tabelle 2:	Ausschöpfung Befragung CDU-Mitglieder	166
Tabelle 3:	Repräsentativität Befragung CDU-Mitglieder nach Geschlecht und Alter.....	167
Tabelle 4:	Ausschöpfung Befragung CDU-Bundestagsabgeordnete.....	168
Tabelle 5:	Repräsentativität Befragung CDU-Bundestagsabgeordnete nach Geschlecht, Alter, Wahlperiode und Region	169
Tabelle 6:	Bewertung soziale Gegebenheiten in Deutschland nach Priorität zwischen Freiheit und Gleichheit (Mitglieder) ..	179
Tabelle 7:	Bewertung soziale Gegebenheiten in Deutschland nach Bewertung soziale Gerechtigkeit der Marktwirtschaft (Mitglieder)	180
Tabelle 8:	Faktorenanalyse der Likertskala: Rotierte Komponentenmatrix (Mitglieder)	184
Tabelle 9:	Durchschnittliche Zustimmung zu egalitären Items (Mitglieder)	186
Tabelle 10:	Durchschnittliche Zustimmung zu nonegalitären Items (Mitglieder)	186
Tabelle 11:	Einflussfaktoren auf egalitäre und nonegalitäre Werthaltungen (Mitglieder)	188
Tabelle 12:	Faktorenanalyse der Likertskala: Rotierte Komponentenmatrix (Abgeordnete)	198
Tabelle 13:	Durchschnittliche Zustimmung zu egalitären und nonegalitären Items der Gerechtigkeitsskala (Abgeordnete).....	199
Tabelle 14:	Einflussfaktoren auf egalitäre und nonegalitäre Werthaltungen (Abgeordnete).....	201
Tabelle 15:	Objektive Responsivität bei Priorität zwischen Freiheit und Gleichheit.....	205
Tabelle 16:	Objektive Responsivität bei Bewertung soziale Gerechtigkeit der Marktwirtschaft	206

Tabelle 17:	Objektive Responsivität bei Nivellierungstypen.....	206
Tabelle 18:	Objektive Responsivität bei egalitären Items.....	209
Tabelle 19:	Objektive Responsivität bei nonegalitären Items.....	210
Tabelle 20:	Güte der Perzeptionen bei Priorität zwischen Freiheit und Gleichheit.....	213
Tabelle 21:	Güte der Perzeptionen bei Bewertung soziale Gerechtigkeit der Marktwirtschaft.....	213
Tabelle 22:	Güte der Perzeptionen bei den Nivellierungstypen.....	214
Tabelle 23:	Güte der Perzeptionen bei egalitären Items.....	217
Tabelle 24:	Güte der Perzeptionen bei nonegalitären Items.....	218
Tabelle 25:	Differenz zwischen objektiver Responsivität und Güte der Perzeptionen.....	220
Tabelle 26:	Subjektive Responsivität bei Priorität zwischen Freiheit und Gleichheit.....	222
Tabelle 27:	Subjektive Responsivität bei Bewertung soziale Gerechtigkeit der Marktwirtschaft.....	223
Tabelle 28:	Subjektive Responsivität bei Nivellierungstypen.....	223
Tabelle 29:	Subjektive Responsivität bei egalitären Items.....	224
Tabelle 30:	Subjektive Responsivität bei nonegalitären Items.....	225
Tabelle 31:	Abgeordnetentypen bei Priorität zwischen Freiheit und Gleichheit.....	227
Tabelle 32:	Abgeordnetentypen bei Bewertung soziale Gerechtigkeit der Marktwirtschaft.....	227
Tabelle 33:	Abgeordnetentypen bei den Nivellierungstypen.....	228
Tabelle 34:	Abgeordnetentypen bei egalitären Items.....	229
Tabelle 35:	Abgeordnetentypen bei nonegalitären Items.....	229
Tabelle 36:	Einflussfaktoren auf objektive Responsivität, Güte der Perzeptionen und subjektive Responsivität.....	231
Tabelle 37:	Abgeordnetentypen bei egalitären Items nach Wohnregion.....	234
Tabelle 38:	Fokus der Abgeordneten.....	238
Tabelle 39:	Abgeordnetentypen bei nonegalitären Items nach Fokus	240
Tabelle 40:	Abgeordnetentypen bei nonegalitären Items nach formaler Bildung.....	242
Tabelle 41:	Zusammenfassung der Ergebnisse der Überprüfung der Thesen.....	245
Tabelle 42:	Durchschnittliche Zustimmung zu den egalitären und nonegalitären Items nach formaler Bildung (Mitglieder)	259

Vorwort

Meinem Doktorvater Prof. Dr. Jürgen W. Falter gilt mein erster Dank. Er hat diese Arbeit immer aufmerksam begleitet. Nicht nur, dass empirische Analysen auch eines gewissen Pragmatismus' bedürfen habe ich von ihm gelernt. Ich hätte mir keinen besseren Doktorvater wünschen können!

Hon.-Prof. Dr. Gerd Mielke danke ich für das Verfassen des Zweitgutachtens.

Ohne Ronald Pofalla wäre diese Studie nicht entstanden. Ich danke ihm, dass er ermöglichte, dass für die Befragung eine repräsentative Stichprobe aus allen Mitgliedern der CDU Deutschland gezogen wurde – ein Privileg, das Parteien nicht oft gestatten. Dr. Stefan Hennewig von der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der Union-Betriebs GmbH danke ich für die professionelle Durchführung der Ziehung der Stichprobe und des Versands der Fragebögen.

Allen Fraktionskollegen, die sich an der Befragung beteiligt haben, verdanke ich nicht nur die meisten empirischen Erkenntnisse dieser Arbeit, sondern auch eine bemerkenswert hohe Rücklaufquote. Auch allen CDU-Mitgliedern aus ganz Deutschland, die an der Erhebung teilnahmen, bin ich zu Dank verpflichtet.

Siegfried Bühler hat die Fragebögen für diese Arbeit optisch gestaltet, den Datensatz erstellt, mich bei Problemen mit SPSS unterstützt und diese Arbeit komplett layoutet und formatiert. Mein Büroleiter Eike Alexander Letocha hat ebenfalls einen besonderen Anteil am Gelingen dieser Arbeit: Er hat über Jahre hinweg mein Büro so organisiert, dass mir Zeit zur Arbeit an dieser Dissertation blieb.

Meiner Familie verdanke ich ohnehin so vieles. Meine Eltern haben maßgeblich mein Studium finanziert und mich auch sonst in jeder Weise unterstützt. Hätten sie mir in den vergangenen Jahren nicht so viele Pflichten des Alltags abgenommen, läge diese Dissertation jetzt noch nicht vor. Zusammen mit meinem Bruder haben sie mich durch ihr Interesse an meinen Ergebnissen immer wieder angespornt. Meine Eltern haben diese Arbeit von der ersten bis zur letzten Seite gelesen und ihre Rechtschreibung überprüft. Ihnen ist diese Dissertation gewidmet.

Ole Schröder hat diese Arbeit von Anfang an begleitet. Jede wichtige Aussage dieser Arbeit habe ich mit ihm diskutiert. Das Resümee sähe ohne ihn anders aus. Ihm verdankt diese Dissertation sehr viel.

1 Einleitung

Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstorff, beschrieb im Sommer 2004 laut SPIEGEL die Seelenlage der Ostdeutschen folgendermaßen:

Die Ostdeutschen haben eine große Sehnsucht nach Gleichheit. (...) Wenn man einen Ostdeutschen frage: Wollt Ihr, dass alle Menschen nur trockenes Brot bekommen, oder wollt ihr, dass alle Brot mit Margarine bekommen und einige sich zusätzlich Kaviar draufschmieren können?, sei die Antwort klar: Die Ostdeutschen seien dann für Trockenbrot für alle (Der Spiegel, 30. 8. 2004: 23).

Sollte diese Aussage des sozialdemokratischen Landesvaters, die er auf dem Höhepunkt der Demonstrationen gegen die Einführung von „Hartz IV“ machte, zutreffen, dann widerspräche die Haltung der Ostdeutschen einem wichtigen Grundsatz des amerikanischen Philosophen John Rawls'. Rawls formuliert nämlich als bedeutende sozialphilosophische Maxime, dass Ungleichheit immer dann gerechtfertigt sei, wenn der in einer Gesellschaft am schlechtesten Gestellte davon profitiert (Rawls 1979: 336). Wenn es den Ärmsten also in einer Gesellschaft, in der die Güter ungleich verteilt sind, absolut besser geht als in einer Gesellschaft mit einer gleichen Verteilung, dann ist nach Rawls die Formation der ersten Gesellschaft die gerechtere. Rawls wäre also für Brot mit Margarine für alle, zusätzlichen Kaviar für einige.

Damit vertritt Rawls einen gemäßigten Egalitarismus, Ringstorff glaubt, dass die Ostdeutschen zu einem strengen Egalitarismus neigen. Die Non-egalitaristen hingegen bestreiten, dass Gerechtigkeit überhaupt etwas mit Gleichheit zu tun hat. In dieser Arbeit soll empirisch die Verbreitung dieser normativen Positionen untersucht werden. Dabei geht es um die empirische Geltung von Werturteilen über Gerechtigkeit, nicht um ihre wie auch immer geartete wissenschaftliche Begründung. Eine solche hält die Autorin als Anhängerin des Postulats Max Webers zur Werturteilsfreiheit der Wissenschaften für gar nicht möglich.

Die Verbreitung von egalitären und nonegalitären Einstellungen soll im Rahmen der Responsivitätstheorie bei CDU-Bundestagsabgeordneten und CDU-Mitgliedern untersucht werden. Hierbei stehen drei Fragen im Zentrum:

- Sind die CDU-Abgeordneten gegenüber ihren Mitgliedern objektiv responsiv, vertreten sie also dieselben Einstellungen wie ihre Mitglieder?
- Liegen die Abgeordneten mit ihren Perzeptionen der Einstellungen der Mitglieder richtig, nehmen sie also richtig wahr, welche Einstellungen ihre Mitglieder vertreten?
- Fühlen sich die Abgeordneten gegenüber ihren Mitgliedern subjektiv responsiv, glauben sie also, dieselben Einstellungen zu vertreten wie ihre Mitglieder?

Hierfür wurde eine Vollerhebung unter allen CDU-Abgeordneten des 16. Deutschen Bundestages und eine Befragung von 1000 repräsentativ ausgewählten CDU-Mitgliedern aus ganz Deutschland durchgeführt. Dass beide Erhebungen sehr hohe Rücklaufquoten verzeichnen konnten – die Mitgliederbefragung 48,4%, die Befragung der Abgeordneten nach Wissen der Autorin in einer Befragung von Bundestagsabgeordneten bisher unübertroffene 75,4% – hat sicher damit zu tun, dass die Autorin selbst Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion ist. Dies ändert jedoch nichts daran, dass auf Grund des guten Rücklaufs von einer hohen Aussagekraft der Daten ausgegangen werden kann.

1.1 Problembeschreibung

Debatten über soziale Gerechtigkeit sind meistens Debatten über Verteilung. Nach welchen Prinzipien sollen Güter – seien es Einkommen, Bildungschancen, Positionen oder andere erstrebenswerte Güter – verteilt werden? Das ist die Gretchenfrage der sozialen Gerechtigkeit.

Ein mögliches Verteilungsprinzip ist das Prinzip der Gleichheit, das in dieser Arbeit im Mittelpunkt stehen soll. Dessen Anhänger, die Egalitaristen, sehen in Gleichheit das wichtigste oder zumindest ein sehr wichtiges Prinzip sozialer Gerechtigkeit. Nonegalitaristen hingegen bestreiten den Wert der Gleichheit.

Harald Ringstorff beschreibt in seiner eingangs zitierten Aussage eine streng egalitäre Position. Wenn Ringstorff Recht hat, dann ziehen die Ostdeutschen also auch dann Gleichheit der Ungleichheit vor, wenn dieses Mehr an Gleichheit eine Nivellierung nach unten bedeutet. In dem Ringstorffschen Bild: „Trockenes Brot für alle“ bedeutet zwar völlige Gleichheit, es geht aber auch

allen schlechter, denn in der anderen Variante hätten alle neben dem Brot zumindest noch Margarine, einige sogar Kaviar.

Eine solche Wertentscheidung der Ostdeutschen widerspräche diametral der von John Rawls in seiner *Theorie der Gerechtigkeit* propagierten. Rawls sieht nämlich soziale Gleichheit als Norm an, zieht aber dann Ungleichheit vor, wenn diese Ungleichheiten *den am wenigsten Begünstigten die bestmöglichen Aussichten bringen* (Rawls 1979: 104).¹ Rawls hätte in dem Ringstorffschen Bild also für Brot mit Margarine für alle, Kaviar für einige plädiert, weil von dieser Ungleichheit alle, auch die am wenigsten Begünstigten einer Gesellschaft profitieren.

Rawls' Theorie der Gerechtigkeit ist eines der bedeutendsten Werke der politischen Philosophie des 20. Jahrhunderts, sie wird als grundlegende *Verteidigung des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus und seiner rechtlichen und politischen Institutionen betrachtet* (Höffe 1998: 3; Kersting 1993: 21).

Doch der Nonegalitarismus kritisiert alle Egalitaristen, und zählt zu diesen auch den gemäßigten Egalitarismus John Rawls' (Krebs 2000: 12f). Denn der Nonegalitarismus argumentiert, dass der Vergleich zwischen zwei Menschen prinzipiell moralisch irrelevant sei:

„Es kommt darauf an, ob Menschen ein gutes Leben führen, und nicht, wie deren Leben relativ zu dem Leben anderer steht.“ (Frankfurt 2000: 41).

Gleichheit ist aus nonegalitärer Sicht also kein Wert an sich. Die rein relative Schlechterstellung eines Menschen im Vergleich mit einem anderen sieht der moderne Nonegalitarismus nicht als Übel an, so lange es dem Menschen in der relativ schlechteren Position nicht absolut schlecht geht. Der Nonegalitarismus versucht also absolute Standards für ein menschenwürdiges Leben zu formulieren, die ohne den Vergleich zwischen Menschen auskommen (Krebs 2004: 121).

Entsprechend kritisiert der Nonegalitarismus mit der *levelling down objection*, dem *Einwand der Angleichung nach unten*, dass reine Gleichheitsprinzipien prinzipiell nicht unterscheiden könnten, ob einem Besitzlosen etwas gegeben oder einem Besitzenden etwas genommen wird. Beides führe zu mehr Gleichheit und sei daher zumindest aus Sicht des *strengen Egalitarismus* gleich erstrebenswert (Raz 2000: 65). Auch Rawls ist von diesem Einwand insofern betroffen, da auch er trockenes Brot für alle dann vorziehen muss, wenn die Alternative darin besteht, dass alle ebenfalls nur trockenes Brot, einige zusätzlich Kaviar bekämen. In diesem Fall würden die am wenigsten Begünstigten von der

1 Kursivdruck kennzeichnet in dieser Arbeit immer wörtliches Zitat. Hervorhebungen der Verfasserin innerhalb und außerhalb wörtlicher Zitate sind ausschließlich durch Unterstreichung kenntlich gemacht.

größeren Ungleichheit nicht profitieren, das Rawlssche Unterschiedsprinzip verlangt in diesem Fall daher eine Nivellierung nach unten.²

Meines Erachtens sind diese beiden skizzierten Gerechtigkeitsvorstellungen – der Nonegalitarismus und die verschiedenen Varianten des Egalitarismus’ – im Weberschen Sinne *letzte Wertaxiome* bei der Begründung unterschiedlicher ökonomischer Kulturen (vgl. Weber 1968: 510). Zwar fordern nicht nur die Egalitaristen, sondern auch die meisten modernen Nonegalitaristen die Sicherung eines Existenzminimums und befürworten hierfür eine Umverteilung von oben nach unten. Der Egalitarist wird dies zwar mit relationalen, der Nonegalitarist mit absoluten Maßstäben begründen, dennoch ist dem Philosoph Harry Frankfurt in dieser Hinsicht recht zu geben, wenn er betont, dass seine nonegalitäre Position *nichts Substantielles zur Lösung der Frage beiträgt, welche Sozialpolitik befolgt oder vermieden werden sollte* (Frankfurt 2000: 38).

Oberhalb dieses Existenzminimums zeigt sich allerdings nach Überzeugung der Autorin entgegen Frankfurts Aussage auch in der politischen Praxis ein deutlicher Unterschied zwischen einer egalitaristischen und einer nonegalitaristischen Position. Hier sieht ein Nonegalitarist keinerlei Notwendigkeit zur Umverteilung, da seine absoluten Standards ja erfüllt sind. Ein Egalitarist hingegen plädiert auch hier für eine Angleichung der Positionen – je nachdem, ob er gemäßigt oder streng argumentiert, unter unterschiedlichen Voraussetzungen -, da für ihn auch oberhalb des Existenzminimums relationale Standards gelten, Ungleichheiten also auch hier prinzipiell einen Nachteil darstellen. Ein Egalitarist muss also einen anderen Wohlfahrtsstaat wollen als ein Nonegalitarist.

Die Bedeutung egalitärer oder nonegalitärer Wertentscheidungen ist also von hoher politischer Relevanz – wenn auch nicht immer offenkundig. Beispielsweise lässt die Tatsache, dass die Bundesregierung seit dem Jahr 2000 regelmäßig einen „Armuts- und Reichtumsbericht“ vorlegt, auf eine egalitaristische Sichtweise schließen. Denn nur aus egalitaristischer Sicht kann Armut und Reichtum als etwas gleichermaßen Kritikwürdiges betrachtet werden, ein Nonegalitarist hält nur (absolute) Armut für etwas Schlechtes, nicht aber Reichtum. Die damalige Regierungskoalition aus SPD und Grünen argumentiert also egalitär, wenn sie in ihrem Antrag für diese regelmäßige Berichterstattung der schwarz-gelben Vorgängerregierung vorwirft, für Armut und Reichtum in Deutschland verantwortlich zu sein:

2 In seiner lexikalischen Variante verlangt das Unterschiedsprinzip allerdings keine Nivellierung nach unten. Diese Fassung wird aber von Rawls selbst nicht konsequent verwendet, schon ihre Formulierung ist widersprüchlich (vgl. Kapitel 2.1.1.2. dieser Arbeit, insb. Fußnote 13).

Armut und Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland werden durch wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Prozesse verursacht, die die abgewählte Bundesregierung eingeleitet hat (Bundestagsdrucksache 14/999 vom 5. 5. 1999).

Auch dem Armutsbegriff dieses Berichts liegt ein egalitäres Werturteil zu Grunde. So wird im 2008 veröffentlichten *Dritten Armuts- und Reichtumsbericht* die Armutsrisikoschwelle bei 60% des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens festgelegt. Nach einem solchen Begriff, auf den sich die Länder der Europäischen Union geeinigt haben, definiert sich Armut also rein relativ, sie besteht unabhängig davon, auf welchem absoluten Wohlstandsniveau die vergleichsweise Ärmsten leben (Bundestagsdrucksache 16/9915 vom 30. 6. 2008: 17). Würden sich in einem Land über Nacht alle Einkommen verdoppeln, gäbe es am nächsten Morgen immer noch genau so viele Arme wie am Abend zuvor, weil sie immer noch lediglich über 60% des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens verfügten. Würden sich die Einkommen über Nacht halbieren, gäbe es nach dieser Armutsdefinition am nächsten Morgen dennoch nicht mehr Arme (vgl. hierzu auch Berger/Schmidt 2004: 15). Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung muss mit diesem Armutsbegriff also immer dann Armut feststellen, wenn es ein gewisses Maß an Ungleichheit gibt. Um Armut zu bekämpfen, muss die Bundesregierung immer auch Ungleichheit bekämpfen. Damit basiert der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der in der Öffentlichkeit sehr breit und wirkmächtig diskutiert wurde (vgl. etwa „Die soziale Kluft wächst“, ZEIT online 2008; „Armut in Deutschland“, Süddeutsche.de 2008), auf einer egalitären Werthaltung.³

Eng verwoben mit egalitären und nonegalitären Werthaltungen ist auch die Diskussion um sehr hohe Einkommen, etwa Managergehälter, und spezielle Steuern für besonders Wohlhabende, beispielsweise eine sog. Reichen- oder die Vermögenssteuer. Aus egalitärer Sicht bringt eine Kürzung oder Deckelung solcher Einkommen oder eine besondere Steuer für solche Einkommen auch dann einen Vorteil, wenn das so gewonnene Geld zur Umverteilung nicht zur Verfügung steht – etwa, weil mit einer Kürzung von Managergehältern keine Erhöhung der Gehälter schlechter verdienender Mitarbeiter einhergeht oder weil der administrative Aufwand zur Eintreibung einer Steuer für solche Gehälter ihren Ertrag bereits wieder aufbraucht. Denn, so die idealtypische Argumentation des Egalitaristen, auch wenn das Geld nicht bei den Bedürftigen ankomme, ihnen also keine absolute Besserstellung bringe, so bringe eine solche Steuer doch eine relative Verbesserung, da sie den relationalen Nachteil des Schlechtergestellten vermindere: Der Abstand zwischen dem Besser- und dem Schlechtergestellten

3 Zur Konzeption der Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung vgl. auch: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2007.

werde kleiner. Ein gemäßigter Egalitarist Rawlsscher Prägung kann sich zwar dennoch gegen solche Maßnahmen entscheiden, etwa, weil er fürchtet, dass sie den Leistungsanreiz und dadurch das Steueraufkommen verringern würden und so weniger Mittel für sozialstaatliche Leistungen vorhanden wäre, aber zumindest die Verkleinerung der Ungleichheit durch eine solche Steuer sähe er an sich als positiv an. Ein Nonegalitarist hingegen sähe keinerlei Vorteil in solchen Maßnahmen. Allein davon, dass der Bessergestellte weniger hat, hat der Schlechtergestellte nichts, würde der Nonegalitarist argumentieren.

Viele Äußerungen von Politikern aller Parteien – mit Ausnahme der FDP – zu diesem Thema lassen indirekt auf egalitäre Werthaltungen schließen. So heißt es in einem Beschluss des SPD-Bundesvorstands zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe *Angemessenheit und Transparenz von Manager-Vergütungen*:

Unverhältnismäßig hohe Managerbezahlungen sind ein gesellschaftliches und politisches Problem, da sie mit guten Gründen als ungerecht empfunden werden (SPD 2007: o. S.).

Renate Künast von Bündnis 90/Grüne sagt: *Die Millionenbezüge und Abfindungen in Vorstandsetagen sind unmoralisch*. Auch der saarländische Ministerpräsident Peter Müller von der CDU fordert die Wirtschaft auf, gegen zu hohe Managergehälter vorzugehen („Was darf ein Manager verdienen?“, FAZ.net 2007). Im Mai 2008 diskutieren die Finanzminister der EU, ob und wie sich Managergehälter auch europaweit begrenzen lassen („Finanzminister nehmen Managergehälter aufs Korn“, FAZ 2008: 11). Und Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) erweitert die Diskussion um die Bezahlung von Profisportlern und gibt an, *sich erheblich über die Gehaltsexzesse, die wir seit Jahren im Sport - insbesondere im Fußball - erleben*, zu ärgern („Lammert attackiert Gehälter beim FC Bayern“, Spiegel online: 2007). Diesen – lediglich exemplarisch ausgewählten – Aussagen liegt offenkundig die egalitäre Annahme zu Grunde, dass die relationale Besserstellung von Managern und anderen Spitzenverdienern bereits per se als ungerecht zu bewerten sei und daher eine Schlechterstellung von Managern einen moralischen Vorteil brächte, unabhängig davon, ob davon die Schlechtergestellten auch absolut profitierten. Dabei können die zitierten Politiker von einer breiten Unterstützung der Bevölkerung für diese Position ausgehen: *Reichtum wird kaum weniger als Armut als Übel angesehen, das es zu bekämpfen gilt*, schreibt Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach (Petersen 2008: 5).

Egalitäre und nonegalitäre Werthaltungen spielen auch in der innerparteilichen Debatte der CDU eine wichtige Rolle – zumindest spätestens seit dem Bundestagswahlkampf 2005. In der Forschung besteht weitgehend Einigkeit, dass die CDU/CSU, die als haushoher Favorit in diese Bundestagswahl ging,

deshalb mit 35,2 % weit unter ihren Erwartungen zurückblieb, weil ihre Programmatik als ungerecht wahrgenommen wurde (Jung/Wolf 2005: 5f; Korte 2005: 16). Insbesondere die Nominierung von Paul Kirchhof erwies sich für die CDU/CSU als nachteilig:

Die steuerpolitischen Vorstellungen von Paul Kirchhof entwickelten sich zu dem ‚Killer-Thema‘ des Wahlkampfes (Brettschneider 2005: 24).

Paul Kirchhof stand steuerpolitisch für eine sog. „Flat Tax“, einen einheitlichen 25%igen Steuersatz für alle Einkommensgruppen.⁴ Eine solche Einheitssteuer, die auf den ersten Blick dazu führt, dass bestehende Einkommensungleichheiten weniger stark ausgeglichen werden als bei einem progressiven Tarif, berührt die skizzierten egalitären bzw. nonegalitären Einstellungen: Aus Sicht des strengen Egalitaristen ist das Modell Kirchhof nicht akzeptabel, denn es führt dazu, dass sich Einkommensungleichheiten vergrößern. Aus Rawlsscher Sicht wäre Kirchhof dann akzeptabel, wenn sein Steuermodell zu mehr Wirtschaftswachstum beitrüge, es so zu mehr staatlichen Einnahmen käme und so via Sozialleistungen die am schlechtesten Gestellten von der größeren Ungleichheit profitieren würden. Ein Nonegalitarist hingegen könnte schon dann keine Einwände gegen Kirchhof erheben, wenn durch sein Modell niemand unterhalb des Existenzminimums rutscht.

Nach der Bundestagswahl 2005 wurde in der CDU daher mit besonderer Intensität über Gerechtigkeitsvorstellungen debattiert. Insbesondere im Rahmen der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm, das im Dezember 2007 verabschiedet wurde, spielte dieses Thema eine große Rolle. In ihrem Grundsatzprogramm von 1994 hatte die CDU die Begriffe *Freiheit*, *Solidarität* und *Gerechtigkeit* als gleichberechtigte Grundwerte definiert (CDU Grundsatzprogramm 1994: 6). Das Grundsatzprogramm 2007 trug den Arbeitstitel *Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit*. Wenn man annimmt, dass mehr Freiheit in der christdemokratischen Programmatik auch für weniger Steuern und Abgaben, für weniger staatliche Umverteilung steht, dann kann man diesen Arbeitstitel im Sinne des Rawlsschen Gerechtigkeitsgrundsatzes interpretieren: Wenn mehr Ungleichheit (*Mehr Freiheit*) zugelassen wird, profitieren davon alle (*Neue Gerechtigkeit*). In diesem Sinne argumentiert auch der Generalsekretär der CDU und Vorsitzende der Grundsatzkommission, Ronald Pofalla:

4 Dass die CDU/CSU zum Ende des Wahlkampfes permanent beteuerte, dieses Modell stünde gar nicht zur Wahl, ist dabei irrelevant. Auch, dass das Modell bei näherer Betrachtung doch ein Stufenmodell ist, ist irrelevant. Aus Sicht der Wähler stand es zur Wahl und aus Sicht der Wähler ging es dabei um eine Einheitssteuer.

Wir brauchen mehr wirtschaftliche Freiheit, damit sich Leistungsträger entfalten können und so mehr Arbeitsplätze entstehen. (...) Es ist deshalb gerade die Kraft der Freiheit, die neu erkannt, belebt und genutzt werden muss – um mehr Solidarität und Gerechtigkeit zu schaffen (Pofalla 2006: 6f).

Dieser Arbeitstitel wurde innerparteilich heftig kritisiert. So forderte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rüttgers im Sommer 2006, die *soziale Gerechtigkeit* stärker zu betonen, während der hessische Ministerpräsident Roland Koch und der brandenburgische CDU-Vorsitzende Schönbohm mahnten, die Freiheit in den Mittelpunkt der christdemokratischen Programmatik zu stellen („Rüttgers legt im Streit um CDU-Kurs nach“, Handelsblatt 2006: 4; „Schönbohm: CDU muss Freiheit stärker betonen“, Die Welt 2006: 2). Auf Regional Konferenzen forderten Mitglieder, den Arbeitstitel zu ergänzen: *Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit und Solidarität* solle er lauten („Merkel verstört die Unions-Familie“, die tageszeitung 2006: 6). Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller betonte hingegen, dass man die Schwachen nicht stark mache, indem man die Starken schwäche. Ergebnisgleichheit lehne er daher ab, der Begriff Gerechtigkeit dürfe nicht auf Verteilungsfragen reduziert werden (Müller 2006: 68).

Nach dem Schock der für die Partei enttäuschenden Bundestagswahl 2005, in der die CDU eher nonegalitär oder egalitär im Rawlschen Sinne argumentiert hat, drehen sich also viele grundsätzliche Diskussionen in der CDU um das Verhältnis von Gerechtigkeit und Gleichheit. Gerechtigkeit zu wollen dürfte jede Partei dieser Welt für sich reklamieren, aber welche Rolle spielt dabei die Gleichheit – ein Wert, den die Bürger traditionell eher den Parteien links der Mitte, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linkspartei, nicht aber der CDU zuordnen (Neu 2005: 8-12)? Stellt die Gleichheit im christdemokratischen Gerechtigkeitsverständnis überhaupt einen Wert dar? Wenn Gleichheit als Wert bejaht wird, wird dann ein strenger Egalitarismus vertreten oder der gemäßigte Egalitarismus John Rawls'? Oder wird nonegalitär argumentiert? Wird eine Nivellierung nach unten gefordert und falls ja, in welchen Fällen? Gibt es Unterschiede in diesen grundsätzlichen Werthaltungen zwischen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern? Und was glauben die Bundestagsabgeordneten, wie die Mitglieder mehrheitlich diese Fragen sehen? Welche Unterschiede zeigen sich zwischen Ost- und Westdeutschland, welche Rolle spielen andere Einflussfaktoren? Diese Fragen sollen in dieser Arbeit beantwortet werden.

Während die Einstellungen von CDU-Abgeordneten im Rahmen von Elitestudien immer wieder erfasst wurden (vgl. etwa TRI [2008]; Allensbach et al. 2007; Weißels 2005; Best et al. [2004a, b]; sowie die aktuelle Potsdamer Elitestudie: Bürklin/Rebenstorf 1997), sind die Einstellungen von CDU-Mitgliedern bislang relativ wenig erforscht. 1971 ließ die CDU als erste deutsche Partei eine

repräsentative Mitgliederstudie durchführen, deren Ergebnisse 1982 publiziert wurden.⁵ In dieser ersten Mitgliederstudie der CDU wurden allerdings keine politischen Einstellungen erhoben, sondern es stand die Frage im Mittelpunkt, wie leistungsfähig die Strukturen und Institutionen der CDU sind (Falke 1982: 29f; 43-46). Für das Thema dieser Arbeit liefert diese Studie daher nur einzelne Erkenntnisse über Kommunikationsstrukturen innerhalb der Partei.

1993 hat die CDU eine zweite repräsentative Mitgliederstudie durchgeführt, indem die Konrad-Adenauer-Stiftung ca. 3500 repräsentativ ausgewählte CDU Mitglieder befragt hat (Bürklin/Neu/Veen 1997: 12). In dieser Studie lag der Fokus auf dem politischen Selbstverständnis und den Anforderungen der Mitglieder an das innerparteiliche Leben. Politische Einstellungen der Mitglieder wurden auch erhoben, aus einigen Items lassen sich Schlüsse über Gerechtigkeitseinstellungen der CDU-Mitglieder ziehen. Die Frage des Wertes von Gleichheit wurde in dieser Studie nicht thematisiert.

2007 veröffentlichte die Konrad-Adenauer Stiftung eine dritte Mitgliederstudie, für die 25.000 zufällig ausgewählte Mitglieder aus ganz Deutschland zu ihrer innerparteilichen Partizipation und zu ihren Einstellungen zu einigen politischen Themen befragt wurden. Aus dieser Studie lässt sich zumindest entnehmen, inwieweit CDU-Mitglieder ihre Partei mit dem Begriff der Gleichheit, aber auch mit den Begriffen Freiheit und Leistungsgerechtigkeit in Verbindung bringen (Neu 2007: 34).

Nach diesen drei Mitgliederstudien ist also die vorliegende Arbeit die vierte repräsentative Studie, in der die Mitglieder der CDU Deutschlands befragt wurden.

Ferner liegen einige Studien vor, in denen einzelne Werthaltungen von bestimmten Gruppen von CDU-Mitgliedern erhoben wurden, so z. B. der CDU-Mitglieder Sachsen-Anhalts (Boll 1999, 2001). In keiner dieser Untersuchungen werden aber Einstellungen erhoben, die im Zentrum dieser Arbeit stehen. Diese werden zwar in einer Studie Michael Grevens aus dem Jahr 1982 untersucht, die sich mit der Bewertung sozialer und politischer Ungleichheit bei Mitgliedern der CDU, der SPD und der Grünen befasst. Die Studie erhebt allerdings nicht den Anspruch der Repräsentativität für die Gesamtpartei und bezieht, da in den 80er Jahren entstanden, die neuen Bundesländer nicht ein (Greven 1987b: 14).

Insgesamt gibt es also bisher kaum Erhebungen über die Gerechtigkeitseinstellungen und keine repräsentative Studie über egalitäre oder nonegalitäre Einstellungen von CDU-Mitgliedern.

Der theoretische Bezugsrahmen der Untersuchung egalitärer und nonegalitärer Einstellungen bei CDU-Bundestagsabgeordneten und CDU-Mitglie-

5 Die SPD hat im Rahmen der Debatte um ihr aktuelles Grundsatzprogramm eine Mitgliederbefragung durchgeführt, deren zentrales Ergebnis es ist, dass die SPD-Mitglieder dem Wert der Gerechtigkeit das größte Gewicht beimessen (Sozialdemokratische Partei Deutschland 2007: 7).